

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNGAbteilung 1 (Kompetenzzentrum Landesamtsdirektion)
Verfassungsdienst

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird (Seveso III – Novelle) und mit dem das Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen geändert wird;

Begutachtung; Stellungnahme

Datum	15. April 2015
Zahl	01-VD-BG-8674/3-2015
Bei Eingaben Geschäftszahl anführen!	
Auskünfte	Dr. Primosch
Telefon	050 536 10801
Fax	050 536 10800
E-Mail	Abt1.Verfassung@ktn.gv.at
Seite	1 von 2

An das

Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Per E-Mail: Post.17@bmwfw.gv.at

Zu dem mit do. Note vom 19. März 2015, ZI. BMWFW-32.830/0005-I/7/2015, übermittelten Gesetzesentwurf wird wie folgt Stellung genommen:

Angemerkt wird, dass das Gesetzesvorhaben zusätzliche Kosten insbesondere infolge vermehrter Inspektionen und fachlicher Unterstützung der Behörde nach sich ziehen wird. Aus bisherigen Erfahrungen ist mit einem Aufwand von ca. 60 A-bewerteten Mannstunden je Inspektion zu rechnen. Der zu erwartende zusätzliche Prüfungsaufwand dürfte sich wegen der hohen Komplexität von Sicherheitskonzepten, Sicherheitsberichten und Notfallplänen auf insgesamt 0,5 bis ein Mannjahr belaufen.

Zu Art. 1 Z 6:

Die jeweils in § 84d Abs. 2 Z 1, § 84e Abs. 2 Z 1, § 84f Abs. 2 Z 1 und § 84h Abs. 2 Z 1 verwendete Wortfolge „binnen einer angemessenen Frist“ im Zusammenhang mit Verpflichtungen des Betriebsinhabers erscheint unzweckmäßig und sachlich bedenklich, weil dadurch die Behörde unter Umständen erst verzögert bzw. verspätet reagieren kann.

Nach § 84k Abs. 3 Z 1 muss der Inspektionsplan eine „allgemein Beurteilung einschlägiger Sicherheitsfragen“ umfassen. Die hier gewählte Wortfolge erscheint sehr unbestimmt. Damit bleibt die Aufgabe der Behörde bzw. der herangezogenen Sachverständigen unklar.

Die Verpflichtung zur Durchführung von nicht routinemäßigen Inspektionen nach § 84k Abs. 5 knüpft an das Vorliegen u.a. von Zwischenfällen und Beinahe-Unfällen an. In diesem Zusammenhang erscheint es erforderlich, den Betriebsinhaber zur Information der Behörde über solche Ereignisse zu verpflichten.

Im Hinblick auf das Überprüfungserfordernis nach § 84l Abs. 2 wird zu bedenken gegeben, dass eine Überprüfung der übermittelten Nachweise naturgemäß die umfassende Kenntnis der betrieblichen und anlagentechnischen Details voraussetzt. Da solches Wissen durch Außenstehende kaum oder nur unter zusätzlichem Einarbeitungsaufwand aufgebracht werden kann, wird angeregt, dass nach § 84l Abs. 2 lediglich die Plausibilität der Nachweise geprüft werden muss.

Eine vergleichbare Problematik wie bei § 84l Abs. 2 stellt sich bei der Wortfolge „auf Vollständigkeit zu überprüfen“ im Abs. 5 sowie bei den Wortfolgen „zur vollständigen Analyse der Unfallursachen“ und „alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen“ im Abs. 6. Daher sollte § 84l Abs. 5 lediglich zur Prüfung der Plausibilität der Meldung oder ihrer Aktualisierung verpflichten. In Abs. 6 sollte sich die behördliche

Reaktion auf eine Inspektion gemäß § 84k Abs. 5 zur Analyse der Unfallursachen sowie auf die Überprüfung beschränken, ob der Betriebsinhaber erforderliche Abhilfemaßnahmen ergriffen hat.

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme wird unter einem dem Präsidium des Nationalrates elektronisch übermittelt.

Für die Kärntner Landesregierung:
Dr. Primosch

LAND  KÄRNTEN

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: <https://www.ktn.gv.at/amtssignatur>. Die Echtheit des Ausdrucks dieses Dokuments kann durch schriftliche, persönliche oder telefonische Rückfrage bei der erledigenden Stelle während ihrer Amtsstunden geprüft werden.